

## Anti-Atom-Initiativen in NRW rufen zu Atommüll-Demo in Ahaus am 9. März auf Vernetzung und internationaler Protest gegen atomare Risiken

Am Samstag, 26.1.19 trafen sich VertreterInnen der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zu ihrer Landeskonzferenz in Köln, um sich über die aktuellen Entwicklungen an den Atomstandorten in NRW und an den Landesgrenzen auszutauschen und Protest-Aktionen zu organisieren. Für das Frühjahr sind Proteste in Ahaus, Gronau und Köln geplant.

### Endloses Desaster bei Atommülllagerung - große Demo am 9. März in Ahaus

Besonders an den Standorten Jülich und Ahaus wird deutlich, wie groß das Atommüll-Desaster inzwischen ist: In Ahaus läuft 2036 die Genehmigung für die Zwischenlager-Halle und die ersten Castorbehälter aus. Ein verantwortungsvolles und aktuellen Sicherheitsstandards entsprechendes Lagerungskonzept gibt es nicht. Stattdessen sollen dieses Jahr aus Jülich, wo seit Jahren die Genehmigung für das Zwischenlager fehlt, 152 weitere Castoren nach Ahaus kommen. Ebenso sind Castortransporte nach Ahaus mit atomwaffenfähigem Atommüll aus Garching bei München für den Sommer angekündigt. Die Landeskonzferenz der NRW-Anti-Atomkraft-Initiativen ruft deswegen zur Teilnahme an einer überregionalen Demonstration am 9. März in Ahaus auf, Auftakt ist um 12 Uhr am Bahnhof. Es soll für neue, möglichst sichere Zwischenlager-Konzepte und gegen weitere Castortransporte demonstriert werden. „Die derzeitige Konzeptlosigkeit der verantwortlichen Stellen führt dazu, dass aus Zwischenlagern Endloslager werden.“ so die Initiativen. An den Demo-Vorbereitungen beteiligen sich inzwischen auch große Verbände wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), „ausgestrahlt“, der BBU und das Umwelt-Institut München.

### Tihange und Euratom im Blick – Proteste in Gronau, Köln, Brüssel

Auch über die benachbarten Risse-AKW in Tihange und Doel sowie deren Belieferung aus der Gronauer Urananreicherungsanlage und der Lingener Brennelementefabrik (Niedersachsen) wurde auf der Landeskonzferenz diskutiert. Die Gefährdung der Bevölkerung durch die maroden Atommeiler wird durch Brennstoffexporte aus der Bundesrepublik noch befeuert – trotz angeblichem deutschem „Atomausstieg“. Traditionell wird für den Karfreitag, 19.4., wieder der Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage Gronau von Anti-Atomkraft- und Friedensinitiativen organisiert.

Am Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe wollen die NRW-Anti-Atomkraft-Initiativen am 26. April in Köln vor der Niederlassung des „Engie-Konzern“, der die AKW Tihange und Doel betreibt, demonstrieren, zeitgleich mit belgischen Verbündeten vor dem Engie-Hauptsitz in Brüssel.

Angesichts der konkreten Gefahren wird der immer noch gültige Euratom-Vertrag von 1957, der in seiner Präambel die Förderung von Atomenergie vorsieht, von den Anti-Atomkraft-Initiativen als große Hemmschwelle für einen europaweiten Atomausstieg und eine umfassende Energiewende gesehen. Durch den antiquierten Euratom-Vertrag müssen alle Mitgliedsstaaten Forschung für neue AKW in der EU mitfinanzieren. Mit ihren überregional und international vernetzten Protesten will die Landeskonzferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen diesen konkreten Gefahren und politischen Missständen engagierten Protest entgegensetzen: „Wir brauchen einen umfassenden Atomausstieg statt weitere Atommüllproduktion, Geldverschwendung und grenzübergreifenden Risiken“ lautet das Resümee der Landeskonzferenz der NRW-Anti-Atomkraft-Initiativen.

Kontakt für Rückfragen / weitere Informationen:

Udo Buchholz (AKU Gronau / BBU): 02562-23125

Jens Dütting (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen): 0176-28368325

<https://atommuell-protest.de/>

<https://bbu-online.de>